

Die Rechtschreibreform auf der Kippe

Böcke zu Gärtnern

Neues von der Rechtschreibreform

Die Böcke wollen Gärtner werden: So muß man wohl die jetzt bekannt gewordenen Ambitionen der Zwischenstaatlichen Kommission für deutsche Rechtschreibung kommentieren. Wenn am 31. Juli 2005 die Übergangsfrist endet, welche der Umstellung von alter auf reformierte Orthographie eingeräumt worden war, dann soll nicht nur das mißratene und bereits stillschweigend modifizierte Reformwerk in Schulen und Amtsstuben endgültig verbindlich sein. Obendrein wünscht sich die Kommission größere Machtfülle. Bis anhin besaß sie für Korrekturen am Regelwerk nur ein Vorschlagsrecht, nun aber soll ihr die Politik die Kompetenz für Regeländerungen übertragen. Eine entsprechende Forderung ist der von den Kultusministern eingesetzten Amtschefkommission «Rechtschreibung» zugegangen. Die Amtschefs, die morgen tagen, haben bereits Zustimmung signalisiert. Ihrer Empfehlung wird die deutsche Kultusministerkonferenz im März umso lieber folgen, als die Politiker heilfroh sind, die Verantwortung für die Reform, die ihnen nur Ansehensverlust beschert, loszuwerden.

Daß die Politik die Finger von orthographischen Problemen läßt, ist zweifellos zu begrüßen. Ob es überhaupt eine zentrale Instanz braucht, die mit jener Autorität ausgerüstet ist, wie sie früher die Redaktion des Dudens besaß - und in der Schweiz ja noch immer besitzt -, ist strittig. Man kann der Ansicht sein, daß die Rechtschreibung um der Schüler und der Lehrer willen nicht einfach der Entscheidung konkurrierender Wörterbücher überlassen sein dürfe. Daß es einen für alle sprachlichen Zweifelsfälle maßgeblichen Schiedsrichter geben müsse. Mag sein, daß sich nach dem Ende des Duden-Privilegs für diese Rolle eine unabhängige Kommission geradezu anbietet. Aber eines ist sicher: Die amtierende Reformkommission taugt dazu nicht. Sie ist hoffnungslos fehlbesetzt. Ihre zwölf Mitglieder - sechs aus Deutschland und jeweils drei aus Österreich und der Schweiz - sind sämtlich Sprachwissenschaftler und Didaktiker. Nach dem Austritt von Peter Eisenberg findet sich nicht einmal mehr ein Grammatiker in ihren Reihen.

Die Abwesenheit von Vertretern der schreibenden Zunft und der Mangel an grammatischer Kompetenz schlägt sich sowohl im 1996 beschlossenen Reformwerk wie auch in den Berichten nieder, welche die Kommission in der Übergangsphase vorzulegen gehalten ist. Diese Berichte über den Gang der Reform und die verstohlene Tilgung ihrer Ungereimtheiten gelangen stets nur durch Indiskretion in die Öffentlichkeit; sie sind geheim, und das mit gutem Grund. Auch der jetzt kursierende vierte Bericht strotzt wieder vor Kuriositäten. Er ist der letzte vor dem Ende der Übergangszeit und darum für die künftig verbindliche Fassung der Reform maßgeblich.

Geht es nach diesem Bericht, so soll es dabei bleiben, daß wir «gräulich» schreiben, obwohl wir «greulich» meinen. Die sogenannten volksetymologischen Schreibungen wie «einbläuen» oder «schnäuzen» werden weder zurückgenommen noch durch die früher üblichen ergänzt. Bei der Zeichensetzung und der Silbentrennung sehen die Reformer ebenfalls keinen Änderungsbedarf. Dafür ist bei festen Begriffen wie «Schwarzes Brett» und «Erste Hilfe» wieder die Großschreibung erlaubt. Auf dem heiß umkämpften Feld der Getrennt- und Zusammenschreibung macht die Kommission etliche Rückzieher: Zum Beispiel dürfen zuvor getrennte Formen wie «zufriedenstellend, kleingedruckt, alleinstehend» jetzt wieder wie einst zusammengeschrieben werden.

Neben solcher Einsicht beweisen die Reformer aber auch hartnäckiges Unvermögen. Ihre stille Maxime, entweder groß und getrennt oder klein und zusammen zu schreiben, wirkt fort. Erlaubt ist so beispielsweise neben der Neuschöpfung «Leid tun» auch die Schreibung «leidtun» - nicht aber die grammatisch richtige: leid tun. Auch das schiefe «Pleite gehen» bleibt in Kraft. «Durch die Änderungen werden bisherige Schreibweisen nicht falsch», verkündet der Reformbericht. Lakonisch kommentiert der Reformkritiker Theodor Ickler: «Wohl aber werden falsche richtig.» Reine Augenwischerei ist es, wenn die Kommission ihre zum Teil gravierenden Änderungen als schlichte «Präzisierungen» verkaufen möchte. Die Auflösung oder zumindest Neubesetzung dieses Gremiums tut not. Es hingegen durch Machtzuwachs zu adeln, wäre ein Witz.

Joachim Güntner

Artikel erschienen in Neue Zürcher Zeitung online am 4. Februar 2004